



## Gewünschte und realisierte Fertilität

Keynote speech  
von Wolfgang Mazal

### Inhaltsübersicht

1. Einleitung.....	1
1.1. Allgemeines .....	1
1.2. Familienpolitik im Verhältnis zu anderen Politikfeldern .....	1
2. Empirische Daten .....	3
2.1. Keine unmittelbare Relation zwischen Fertilität und Kinderwunsch .....	3
2.2. Hypothesen.....	4
2.3. Ursachen für den Kinderwunsch und seine Entwicklung.....	5
2.4. Konsequenzen .....	6
3. Thesen zum Kinderwunsch .....	7
3.1. Vorbemerkung .....	7
3.2. Familie muss partnerschaftlicher werden.....	8
3.3. Wirtschaft muss familienfreundlicher werden.....	9
3.4. Vereinbarkeit muss gesellschaftliche Akzeptiert werden.....	10
3.5. Familienvielfalt muss gesamtgesellschaftlich akzeptiert werden.....	11
4. Abschließende Bemerkung.....	11

# 1. Einleitung

## 1.1. Allgemeines

Es ist kein neues Phänomen, dass die Entwicklung der Geburtenrate in den meisten Ländern Europas mit großer Sorge beobachtet wird, weil praktisch überall nicht einmal die zur Erhaltung der Bevölkerung statistisch erforderliche Mindestreproduktionsrate von 2.1 Kindern pro Frau erreicht wird. Die Daten sind sowohl im Detail als auch in ihren langfristigen Tendenzen ausreichend beschrieben und brauchen in einem Kreis wie diesem nicht nochmals dargestellt werden.

Keineswegs vergleichbare Sicherheit besteht jedoch hinsichtlich der Ursachen und der gesellschaftlichen Bewertung dieser Trends. Auffallend ist allerdings, dass in ganz Europa mit unterschiedlichen Rezepten versucht wird, diesen Entwicklungen entgegen zu wirken:

- große Vielfalt zeichnet die steuerlichen Maßnahmen aus, die der Familienförderung dienen;
- große Kreativität prägt die Programme, die den Ausbau der extrafamilialen Kinderbetreuung bezwecken;
- subtil sind die Bestrebungen zur Veränderung des Erwerbsverhaltens von Frauen und des Familienverhaltens von Männern.

Hinter all dem steht zweifellos auch das Ziel, die Entwicklung der Geburtenrate zu stabilisieren und die Realisierung des Kinderwunsches zu ermöglichen; aber: Geschieht dies unter genuin familienpolitischer Zielsetzung?

## 1.2. Familienpolitik im Verhältnis zu anderen Politikfeldern

Es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass der Umstand, dass sich die Konferenz der Familienminister des Europarats mit der Entwicklung von Geburtenrate und Kinderwunsch auseinandersetzt, ein bestimmtes Verständnis von Familie und von Familienpolitik voraussetzt, in dem die Verantwortung für das Gelingen der Generationenabfolge als Aufgabe der Familienpolitik gesehen wird. Dies ist auf den ersten Blick zwar eine banale Feststellung, ist jedoch gleichwohl nicht selbstverständlich: Traditionell ist Familienpolitik ja auf Fragen der Ausgestaltung des Familienlebens, der Be-

ziehungen zwischen den Familienmitgliedern und der materiellen Absicherung der Familien fokussiert, und wird dabei die Existenz von Familien und damit auch die Existenz von Kindern gleichsam vorausgesetzt: Die Entwicklung der Geburtenrate wird zwar als familiales Phänomen wahrgenommen, politisch wirkmächtig jedoch nicht als Problem der Familien, sondern von anderen Politikfeldern diskutiert:

- die Veränderung der Bevölkerungspyramide wird als Gefahr für die Stabilität der Sozialsysteme - insbesondere der Pensionssysteme - gesehen;
- das Ausbleiben künftiger Konsumenten induziert Sorgen über die Entwicklung von Nachfrage und Konsum;
- die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials wird als Problem der Wirtschaftskraft eines Standorts gedeutet.

All diese Blickwinkel sind zwar zutreffend, doch ist auffallend, dass Familienpolitik auf diese Weise in Fragen der Generationenpolitik seit vielen Jahren mit anderen Politikfeldern - insbesondere mit Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik – konkurriert. Dies wäre nicht weiter problematisch, wenn das Verhältnis der Politikbereiche zueinander klar wäre. Im politischen Alltag ist allerdings nicht immer klar, ob Zielsetzungen der Familienpolitik der Motor für familienpolitische Entscheidungen sind, oder ob nicht primär wirtschaftspolitische oder sozialpolitische Ziele unter dem Mantel der Familienpolitik verfolgt werden. Unübersehbar ist jedenfalls, dass Familienpolitik vor allem in jenen Fragen durchsetzungskräftig ist, wo sich ihre Ziele mit jenen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik decken. Wo Familienpolitik hier Allianzen eingehen kann, ist ihre politische Durchschlagskraft typischerweise hoch; ob und wie weit dabei allerdings genuin familienpolitische Ziele erreicht werden, ist jedoch keineswegs klar.

Als spannungsgeladen wird in vielen Ländern auch das Verhältnis von Familienpolitik und Frauenpolitik erlebt. Dies ist nahe liegend, weil die Weitergabe des Lebens nicht nur physisch sondern auch biographisch traditionell stark in das Leben von Frauen eingreift und daher Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse sowohl unter dem Blickwinkel der Familie als auch im Hinblick auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft beide Politikfelder tangieren. Welches Familienbild Frauenpolitik verfolgt und umgekehrt, welches Frauenbild hinter familienpolitischen Konzepten transportiert wird, ist oft Gegenstand heftiger Kontroversen. In ganz Europa lässt sich beobachten, mit welchem großem emotionalen Einsatz die jeweils eigenen Ansätze verfolgt und

andere Ansätze bekämpft werden. Auch hier gilt, dass Familienpolitik typischerweise dann durchsetzungskräftig ist, wenn sie mit Frauenpolitik Allianzen eingehen kann; auch hier besteht allerdings der Verdacht, dass Familienpolitik nicht primärer Taktgeber des politischen Handelns ist.

Problematischer Effekt dieser Allianzen ist allerdings, dass Familienpolitik damit letztlich in zentralen Fragen zum Appendix anderer Politikbereiche wird, und dass die Gefahr besteht, dass sie Flickwerk wird, das von anderen Politikfeldern getrieben wird. Dies führt leider immer wieder auch dazu, dass Familienpolitik als Problemfeld wahrgenommen wird, in dem sich viel gesellschaftlicher Reparaturbedarf staut: Unter diesem Blickwinkel ist Familienpolitik jener Politikbereich, in dem die Zahl der Scheidungen registriert wird und – und damit sind wir beim Thema der diesjährigen Konferenz – die Entwicklung von Fertilität und Kinderwunsch diskutiert wird.

Zuzugestehen ist allerdings, dass ein eigenständiger Diskurs über zentrale Fragen der Familienpolitik keineswegs gesamtgesellschaftlich geführt wird sondern oft Familienorganisationen beschränkt ist, deren Botschaft freilich von außen oft als von engen Vorstellungen geprägt wahrgenommen wird.

Aus meiner Sicht ist es daher überaus erfreulich, wenn sich die Familienministerkonferenz des Europarats Fragen von Geburtenrückgang und Kinderwunsch annimmt, weil damit die Chance besteht, dass hier ein wirklich familienpolitischer Fokus gesetzt wird.

Will Politik den Anspruch der Redlichkeit nicht aufgeben, muss sie sich dabei einer soliden Datengrundlage bedienen. Setzen wir uns daher zunächst mit dem Befund der Realität auseinander.

## **2. Empirische Daten**

### **2.1. Keine unmittelbare Relation zwischen Fertilität und Kinderwunsch**

Über den Kinderwunsch und seine Realisierung gibt es in ganz Europa viele Untersuchungen, die eine Diskrepanz zwischen dem Kinderwunsch und der tatsächlichen Kinderzahl zeigen.

Abbildung # zeigt in dieser Logik aus ausgewählten Ländern für jeweils drei Jahre in ausgewählten europäischen Ländern die Total Fertility Rate einerseits und die Total Child Intention andererseits. Es fällt auf, dass in allen Ländern und zu allen Zeitpunkten die gewünschte Kinderzahl höher ist als die tatsächlich realisierte Kinderzahl, doch ist evident, dass alleine auf Basis dieses Vergleichs keine sinnvollen Aussagen möglich sind. Dass daraus keine Aussagen über die Ursache dieser Kluft gemacht werden können, ist selbstverständlich; unzulässig ist es aber auch, aus der Kluft daraus den Kinderwunsch direkt mit der Total Fertility Rate zu korrelieren. Zwischen der gewünschten und der realisierten Fertilität liegen die Realisierungspotenziale, deren Qualität für die politische Beeinflussung durchaus unterschiedlich sein kann: Wenn die Realisierung des Kinderwunsches beispielsweise daran scheitert, dass die betreffende Person keinen Partner bzw keine Partnerin hat oder der Partner bzw die Partnerin nicht bereit ist, an der Realisierung des Kinderwunsches mitzuwirken, sind die Möglichkeiten der Politik, steuernd einzugreifen zweifellos geringer als wenn die Realisierung nur daran scheitert, dass kein Kinderbetreuungsplatz zur Verfügung steht; auch medizinisch unüberbrückbare Hürden für die Realisierung des Kinderwunsches werden politisch nicht direkt zu beeinflussen sein.

Einen kleinen Hinweis gerade unter diesem Blickwinkel möchte ich aus österreichischer Sicht zur Methodik des GGS hervorheben: Bei den österreichischen Befragungen von Frauen zum Kinderwunsch wird den Partnern gleichzeitig ein Fragebogen des Vienna Institute for Demography zu deren Kinderwunsch vorgelegt, um zu erkennen ob der Kinderwunsch zumindest aus der Partnerschaft eine Realisierungschance hat.

## **2.2. Hypothesen**

Auffallend ist allerdings, dass zwischen der gewünschten und der realisierten Fertilität ein Gap unabhängig von der Höhe des Kinderwunsches ist und sein Ausmaß mindestens ca 0.3 - 0.5 beträgt, und dass dieser Gap in manchen Ländern fast doppelt so groß ist; was zu zwei Hypothesen berechtigt:

die erste Hypothese besteht darin, dass unterschiedlich große Potenziale für die Beeinflussung der Fertilität durch politische Maßnahmen bestehen;

die zweite Hypothese besteht darin, dass ein politisch beeinflussbares Potenzial bei jeder Höhe des Kinderwunsches besteht.

Daraus ergibt sich wiederum, dass eine Steigerung der tatsächlichen Fertilität nicht nur auf Maßnahmen fokussiert sein muss, mit denen man den Gap zwischen der Zahl der gewünschten Kinder und der realisierten Kinderzahl verringern kann, sondern sich auch mit der Frage beschäftigen muss, wie die Höhe der Zahl der gewünschten Kinder selbst beeinflusst werden kann.

### **2.3. Ursachen für den Kinderwunsch und seine Entwicklung**

Unter diesem Blickwinkel haben die jüngsten Auswertungen des Gender & Generation Survey, der im Rahmen des Gender & Generation Programms durchgeführt wurde, interessante Einblicke eröffnet.

Tabelle # setzt vor dem Hintergrund der Total Fertility Rate zu drei Zeitpunkten in verschiedenen Ländern den ursprünglichen Kinderwunsch (Initial Fertility Intention) mit dem gesamthaften Kinderwunsch (Total Fertility Intention) in Beziehung. Erste Zeitreihen, die unser Institut ausgewertet hat, zeigen, dass in jenen Ländern, in denen die Total Fertility Rate am höchsten ist, die Höhe der Zahl der gewünschten Kinder über die fertile Phase hinweg länger stabil bleibt als in Ländern mit niedriger Total Fertility Rate. Dies legt der Politik zusätzlich zur Frage nach der Gestaltung des ursprünglichen Kinderwunsches und Reduktion des zum realisierten Kinderwunsch die Aufgabe nahe, wie es verhindert werden kann, dass der Kinderwunsch rasch absinkt.

Antworten auf diese Fragen lassen sich aus den ersten Auswertungen naturgemäß erst bedingt gewinnen: Allerdings liegen bereits einige hoch interessante Ergebnisse vor:

Tabelle # zeigt, dass der ursprüngliche Kinderwunsch vor allem von der Struktur der Stammfamilie und der in dieser erlebten Geschwisterzahl abhängt. Auffallend ist weiters, dass in Osteuropäischen Ländern Teilzeitbeschäftigung von Männern einen signifikant positiven Einfluss auf den ursprünglichen Kinderwunsch hat, während dies bei Frauen in Frankreich genau umgekehrt ist. Die Erwartungen an Fairness und Vertrauen gegenüber der Gesellschaft besitzen in Deutschland und Österreich, aber auch in Georgien eine große Bedeutung. Was den gesamthaften Kinderwunsch betrifft, sind die Determinanten in west- und osteuropäischen Ländern ebenfalls unterschiedlich: In westlichen Gesellschaften besteht kein signifikanter Effekt der Beschäftigungssituation bei Männern, bei Frauen hingegen sinkt der gesamthafte Kinder-

wunsch bei Teilzeitbeschäftigung im Westen signifikant ab, während Teilzeitbeschäftigung bei Frauen im Osten genau invers reagiert und zu einer deutlichen Steigerung des Kinderwunsches führt.

Ökonomische Zwänge sprechen vor allem in osteuropäischen Ländern für ein Abnehmen des Kinderwunsches ausschlaggebend, während in westeuropäischen Ländern diese Determinanten angesichts der hohen Familienleistungen weniger ausschlaggebend sind.

## **2.4. Konsequenzen**

Überlegt man, welche Konsequenzen aus diesem Befund für die Familienpolitik folgen, ist zunächst festzuhalten, dass die unmittelbaren Daten offensichtlich kein gesamteuropäisch homogenes Muster des Kinderwunsches, seiner Persistenz und seiner Realisierung zeigen. Insbesondere können für einzelne Determinanten keine homogenen Relationen zum Kinderwunsch festgemacht werden.

Dies festzuhalten ist aus meiner Sicht wichtig, weil im wissenschaftlichen und politischen Diskurs durch viele Jahre Ländervergleiche im Bezug auf einzelne Determinanten als Instrumente zur Legitimation politischer Wünsche verwendet wurden. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass die Erfahrungen eines Landes auf andere Gesellschaften nicht übertragbar sein müssen. Dies bedeutet, dass jede Gesellschaft autonom reflektieren muss, welche Ursachen eine Veränderung des Reproduktionsverhalten haben könnte und wie ihnen begegnet werden kann; die Erfahrungen anderer Länder können dabei Anregung geben, können freilich nur mit Vorsicht und *mutatis mutandis* übertragen werden. Richtigkeitsgewähr für ein anderes Land kann aus solchen Ländervergleichen letztlich nicht abgeleitet werden.

Als zweite Schlussfolgerung kann abgeleitet werden, dass es auf einer Metaebene wahrscheinlich dennoch Gemeinsamkeiten querbeet durch die Gesellschaften gibt. Sieht man nämlich beispielsweise die unterschiedliche Relation zwischen Kinderwunsch und Teilzeitbeschäftigung in Abhängigkeit vom Niveau der Familienleistungen einerseits und der materiellen Lebensumstände andererseits wird deutlich, dass Teilzeit den Kinderwunsch fördert, wo sie eine Chance auf Verbesserung der materiellen Lebensumstände bewirkt, wo sie hingegen als Rückgang der materiellen Lebensumstände empfunden wird, trägt sie offensichtlich zur Reduktion des Kinderwunsches bei. Dies zeigt sich im Ländervergleich, doch liegt die Vermutung nahe,

dass dies auch bei innerstaatlichen Vergleichen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht anders ist. Eindimensionale, nicht differenzierende politische Forderungen oder Maßnahmen können hier in gut gemeinter Absicht für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe bei positive, für eine andere negative Effekte haben.

Als dritte Schlussfolgerung ist zu ziehen, dass es zwar lobenswert, offenbar jedoch vom Ansatz her gesehen unzulänglich ist, wenn sich Familienpolitik darauf konzentriert, den Gap zwischen Kinderwunsch und Kinderzahl zu reduzieren, weil die entscheidende Ausgangsgröße der anfängliche Kinderwunsch ist. Will man dem Ursprung dieses Wunsches nachgehen, weisen die bisherigen Daten des GGS auf die individuellen Erfahrungen in der Biographie hin, was erklären mag, dass insbesondere Männer, die mit wenigen Geschwistern aufgewachsen sind, einen deutlich geringeren initialen Kinderwunsch haben als andere Männer.

Die Problematik des Ursprungs des initialen Kinderwunsches ist bislang meines Erachtens in zu geringem Maß gesamtgesellschaftlich diskutiert; sie läuft auch Gefahr, ins Metaphysische oder Ideologische Fahrwasser abzugleiten und ist doch schlicht und einfach: Mit welchen Mechanismen kann es eine Gesellschaft erreichen, dass in jungen Menschen der Wunsch entsteht, eine bestimmte Zahl von Nachkommen in die Welt zu setzen.

## **. Thesen zum Kinderwunsch**

### **3.1. Vorbemerkung**

Geht man davon aus, dass Wunsch auch eine Funktion der Erfahrung sind, liegt der Schlüssel für den initialen Kinderwunsch in den Erfahrungen, die Heranwachsende in ihrer Biographie und in jener ihrer Elterngeneration machen und beobachten können. Unter dieser Prämisse stellt die Abnahme des Kinderwunsches eine radikale Frage an die Erfahrungsdimension, die insbesondere meine Generation vermittelt und die offenbar dazu geführt hat, dass nicht nur eine Kluft zwischen Kinderwunsch und Realisierung besteht, sondern dass auch der Kinderwunsch abnimmt. Umgekehrt kann diese Erfahrung auch einen Lernimpuls vermitteln, durch welche Maßnahmen der initiale Kinderwunsch wachsen und stabilisiert werden kann.

Die folgenden Thesen sind so gesehen zugleich aus Kritik am Status quo und als Anregung zur künftigen Gestaltung von Familienpolitik zu sehen.

### **3.2. Familie muss partnerschaftlicher werden**

Eine wichtige Konsequenz ist aus meiner Sicht, dass Familie partnerschaftlicher gelebt werden muss als heute. Damit ist zum einen die innerfamiliäre Partnerschaft insbesondere unter den Angehörigen der Elterngeneration, die Partnerschaft zwischen der Eltern- und Kindergeneration, aber auch die Partnerschaft zwischen der Familie und den sie umgebenden Lebenskreisen angesprochen. Diese dreifache Partnerschaftlichkeit lässt sich präzisieren:

- Die Partnerschaft zwischen den Elternteilen wird sich in einer Verstärkung der Aufgabenteilung in der Erwerbsarbeit und in der Familienarbeit niederschlagen: Das Alltagsbild der Tätigkeiten von Männern und Frauen wird sich stärker angleichen um Frauen eine Reduktion der Familienarbeit und eine Ausweitung der Erwerbsarbeit zu ermöglichen.
- Die Partnerschaft zwischen Eltern und Kindern wird sich insbesondere in einer verstärkten Wahrnehmung der Bedürfnisse des Kindes niederschlagen; damit soll nicht einer unkritischen Kindzentrierung in dem Sinn das Wort geredet werden, dass die Wünsche der Kinder jedenfalls vorrangig zu befriedigen seien, sondern eine auch auf die Bedürfnisse und realen Möglichkeiten der Kinder abgestimmte Entscheidung durch die Elterngeneration: Besteht Partnerschaft darin, einander „auf Augenhöhe“ zu begegnen, sollte die Elterngeneration die Realität von Kindern zum Ausgangspunkt ihrer Entscheidungen haben, nicht jedoch idealisierende oder ideologisch geprägte Vorstellungen, die der Realität der Kinder nicht gerecht werden.
- Die Partnerschaft zwischen der Familie und dem sozialen Umfeld soll die Interaktion zwischen der Kernfamilie und größeren Gemeinschaften - Großfamilie, Gemeinde, Pfarre, Freundeskreis – ansprechen: Familien benötigen immer und zu allen Zeiten der Einbettung der Kernfamilie in soziale Bezugssysteme, die eine vielfältig entlastende und stützende Funktion haben können; dass es auch störende Außeneinflüsse und massive Belastungen durch dieses Umfeld geben kann, ist evident; inadäquate Überforderung wäre es je-

doch, die Kleinfamilie als in sich geschlossenes und isoliertes Systemelement gleichsam „im Stich zu lassen“.

### **3.3. Wirtschaft muss familienfreundlicher werden**

Eine entscheidende Aufgabe kommt dabei der Wirtschaft zu: In diesem Sinne wird auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit vielen Jahren als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe gesehen. Mit den Worten des aktuell maßgeblichen Regierungsübereinkommens ist allerdings zu vermerken, dass „die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur jede/n Einzelne/n betrifft, sondern auch eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung und Aufgabe ist“, und – nach einer Betonung, dass das Wohl des Kindes dabei im Vordergrund stehen müsse – als Ziel der Regierungspolitik betont wird, „ein familien- und kinderfreundliches Arbeitsumfeld zu schaffen und den Familien Gestaltungsmöglichkeiten zu gewährleisten.“

Hier liegt für mich ein entscheidender und überaus wichtiger Ansatz zur Weiterentwicklung der Vereinbarkeitsdebatte: Neben der Verbesserung der Wahlfreiheit bezüglich der Betreuungsproblematik (Stichwort: Kinderbetreuungsgeld) stand in den vergangenen Jahren im Mittelpunkt der Vereinbarkeitspolitik das Ziel, insbesondere Frauen, die Kinder betreuen, den Verbleib in der Erwerbstätigkeit zumindest auf Teilzeitbasis zu erleichtern oder überhaupt den Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen: Der Ausbau extrafamiliärer Kinderbetreuung, die Chance auf substantiellen Zuverdienst in der Karenz und der Rechtsanspruch auf Teilzeit weisen klar in diese Richtung.

Auf diesen Maßnahmen aufbauend, ist nun als nächster Schritt notwendig, die Vereinbarkeit unter einem breiteren Blickwinkel zu sehen und als wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Herausforderung zu begreifen: Vereinbarkeit kann sich nicht darin erschöpfen, die Familiensituation so zu gestalten, dass die Lebenswirklichkeit der Familien Erfordernissen der Wirtschaft entspricht, sondern muss auch als Herausforderung an die Wirtschaft und andere Lebensbereiche gesehen werden, sich auf die Anforderungen der Familien einzustellen.

Hier bietet insbesondere die Arbeitswelt ein reiches Betätigungsfeld, wie ein Fülle von Ideen und Beispielen zeigt: Vermeidung überlanger Arbeitszeiten, von wichtigen Sitzungen am späteren Nachmittag, großzügige Gewährung qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze, eine Urlaubskultur, die auf Konsumation und nicht auf Horten ausgerich-

tet ist, die Einrichtung qualifizierter Telearbeitsplätze, die unternehmensinterne Akzeptanz von Vätern, die sich der Kinderbetreuung widmen, die gesetzeskonforme Handhabung von Freistellungsansprüchen, bleiben freilich allzu oft Desiderat.

Besonders erfreulich ist, dass eine familienfreundliche Arbeitsumwelt nicht nur den Familien hilft, sondern auch betriebswirtschaftlich vorteilhaft ist: Mehrere Studien zeigten im letzten Jahr, unter welchen Bedingungen Unternehmen aus familienfreundlichen Arbeitsbedingungen, insbesondere auch aus qualifizierter Teilzeitbeschäftigung Vorteile haben: Vermeidung teurer Überstunden, Sicherung kontinuierlicher Verfügbarkeit von Know-How, klare Produktivitätssteigerung, Reduktion von Fehlzeiten usw: Es ist nicht nur eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen für Familien, sondern auch ein Gebot der kaufmännischen Vernunft, die Arbeitswelt familienfreundlich zu gestalten!

### **3.4. Vereinbarkeit muss gesellschaftliche Akzeptiert werden**

Dabei ist allerdings ein echter Paradigmenwechsel in der Wirtschaft notwendig: Unternehmen, die von Mitarbeitern ein hohes Maß an Flexibilität einfordern, erweisen sich leider allzu oft erstaunlich unflexibel, wenn Arbeitnehmer wegen eines Familienproblems eine Adaptierung der Arbeitsbedingungen brauchen; Vorgesetzte sind leider allzu oft nicht bereit, individuelle Lösungen zuzulassen, die für Familien notwendig sind; Kollegen erweisen sich leider allzu oft unkollegial, wenn die Familie ruft: Nur allzu oft hat man den Eindruck, dass es akzeptierter ist, einen Termin bei einem Kegelclub zu haben, als wegen einer Betreuungsnotwendigkeit an einer Sitzung nicht teilnehmen zu können.

In der gesellschaftlichen Akzeptanz liegt auch eine entscheidende Chance für die Anhebung der Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung: Nicht einmal mit viel Geld könnte hier ein annähernd so großer Bewusstseinswandel erfolgen, wie es der Fall wäre, wenn es vom Vorgesetzten, vom Personalchef, vom Unternehmen als Zeichen von Sozialkompetenz gesehen wird, wenn sich ein Vater in der Betreuung seiner Kinder engagiert. Ich bedaure, wenn mangelnde Kompatibilität der Gesellschaft – insbesondere auch der Arbeitswelt - die heutige Vätergeneration daran hindert, ihren Wunsch, sich an der Betreuung ihrer Kinder zu beteiligen, zu realisieren.

### **3.5. Familienvielfalt muss gesamtgesellschaftlich akzeptiert werden**

Letztlich geht es darum, ob eine Gesellschaft akzeptieren kann, dass die Familien heute eine Vielfalt von Unterstützungen brauchen, um die ganztägige Betreuung von Kindern zu gewährleisten. Ich sehe in dieser übergeordneten Akzeptanz von Lebensmustern auch die große Trennlinie zwischen Staaten mit relativ hoher und relativ niedriger Geburtenrate: Wenn in Skandinavien ein Lebensmuster, das eine hohe Geburtenrate mit Doppelverdienst gesellschaftlich akzeptiert und gestützt wird, und wenn in Irland auch die Familie, bei der nicht beide Partner erwerbstätig sind, obwohl sie Kinder haben, akzeptiert sind, wenn in Frankreich die Erwerbstätigkeit der Frau durch frühe extrafamiliäre Kinderbetreuung gefördert wird, gleichzeitig jedoch Familien mit vielen Kindern finanziell so gefördert werden, dass nicht beide Elternteile erwerbstätig sein müssen, deutet dies darauf hin, dass in diesen Gesellschaften die Akzeptanz dieser Lebensformen zur Reproduktion ermutigt.

Für die Österreichische Gesellschaft - dies mag auch auf andere südliche Gesellschaften zutreffen - lässt sich dem gegenüber konstatieren, dass jedes Lebensmuster als defizitär kommuniziert und erlebt wird: Mangels umfassender gesellschaftlicher Akzeptanz sehen sich daher junge Menschen vor der Alternative, entweder durch Familiengründung ihre Erwerbsbiographie zu gefährden oder durch ihr Erwerbsverhalten als Rabeneltern abgestempelt zu werden, was die geringe Geburtenrate erklären mag.

## **4. Abschließende Bemerkung**

Ich bin davon überzeugt, dass a la longue nur Gesellschaften, die Frauen und Männern Mut machen, Verantwortung für Kinder zu übernehmen, und die deren Entscheidungen in der Gestaltung ihrer Familien-, Lebens- und Beziehungsmuster akzeptieren, eine stabile Reproduktion aufweisen werden.

\* \* \*